

Nr. 23 · Nov./Dez. 2009 · Informationen der Linksfraktion Bochum

Ende Oktober hat die Verwaltung ihr Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Dieses war nötig geworden, weil Regierungspräsident Diegel den Bochumer Haushalt für das Jahr 2009 nicht genehmigt und die Stadt aufgefordert hat, jährlich 100 Millionen Euro einzusparen.

Die vorgelegten Vorschläge der Verwaltung sind eine Fortentwicklung des so genannten Zukunftskonzepts, das im Sommer vorgelegt und mit dem Segen von SPD und Grünen verabschiedet wurde. Schon damals kritisierte DIE LINKE im Rat die Vorschläge als sozial unausgewogen.

Besonders empörend sind für DIE LINKE die Vorschläge des Kulturdezernenten Townsend. Unbeirrbar hält er an den Konzerthausplänen fest. Dadurch wird der Etat der Symphoniker in den nächsten Jahren deutlich steigen. Der Etat des Schauspielhauses ist von den Sparvorschlägen ganz ausgenommen.

Gleichzeitig wird es zu dramatischen Einschnitten in der kulturellen Grundversorgung der Stadt kommen. Die Musikschule soll ihr

Angebot um 25 Prozent reduzieren. Bis 2015 werden kaum noch SchülerInnen der „normalen“ Warteliste in den Instrumentalunterricht aufgenommen. Die Entgelte sollen um 25 Prozent steigen. Auch bei der VHS soll das Angebot reduziert werden, der Bereich „Arbeit und Leben“ wird einge-

stellt. Die VHS-Gebühren steigen, die Kinderbetreuung soll entfallen. Bei den Büchereien werden die Öffnungszeiten reduziert, die Büchereien in Querenburg und Gerthe sollen ganz geschlossen werden. Im Bereich Kultur zeigt sich: Die Grundversorgung der Bevölkerung wird zerschlagen, weil

einzelne kulturelle Leuchttürme nicht angetastet werden dürfen.

Auch bildungspolitisch werden mit der vorgelegten Liste der Grausamkeiten verheerende Signale gesetzt. Die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder in den Kitas soll abgeschafft werden. Vor den Kommunalwahlen hat

Liste der Grausamkeiten



sich die Bochumer SPD noch für kostenfreie Bildung in den Kitas stark gemacht. Nach der Wahl gilt das offensichtlich nicht mehr. Besonders benachteiligt werden in Zukunft Eltern, die Vollzeit berufstätig sind. Die Verwaltung will die Gebühren für eine 45-Stunden Betreuung in den Kitas deutlich anheben, um die Eltern zur Buchung kürzerer Zeiten zu drängen. Eltern, die auf eine Vollzeitberufstätigkeit angewiesen sind, zahlen somit deutlich drauf.

Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien werden durch die Einsparungen besonders benachteiligt. Kostenlose Freizeit- und Bildungsangebote sollen stark verringert werden. Ein Jugendfreizeithaus soll durch ein kommerzielles Angebot ersetzt werden. Zuschüsse für die Jugendräume, die von den Jugendverbänden angeboten werden, sollen halbiert werden.

DIE LINKE kritisiert die soziale, kultur- und bildungspolitische Unausgewogenheit der Vorschläge. Leuchtturmprojekte sollen unangetastet bleiben, während es die Kleinen massiv trifft. Deshalb wird sich DIE LINKE für deutliche Änderungen im Haushaltssicherungskonzept einsetzen.

Uwe Vorberg

Die Streichliste

Noch ist es nicht entschieden, aber der Vorschlag der Verwaltung sieht viele Verschlechterungen für die Bochumer Bevölkerung vor. Menschen mit geringen oder keinem Einkommen werden besonders betroffen sein. Hier einige besonders gravierende Beispiele:

- Schließung der Büchereien in Gerthe und Querenburg
 - Erhöhung der Entgelte bei VHS, Bücherei, Schwimmbädern, Planetarium, Museum ...
 - Abschaffung der Kita-Gebührenbefreiung für Geschwister
 - Schließung des Vogelparks in Wattenscheid und des Wildgeheges in Weitmar
 - Einschränkung der Bürgerbürozeiten
 - Personalabbau in der Stadtverwaltung mit einhergehender Servicereduzierung
 - Schließung von acht Lehrschwimmbädern
 - Privatisierung des Höntroper Schwimmbades
 - Kürzung von Zuschüssen an Sportvereine, Soziale Einrichtungen und Initiativen
- Davon unbenommen** soll es keinerlei Kürzungen beim Schauspielhaus (mit einem Etat von über 16 Mio Euro jährlich) geben und weiterhin soll das Konzerthaus mit hohen Folgekosten gebaut werden.

Wo anders klappt es doch auch!

Auf der ersten Sitzung des Rates am 6. November wollte unsere Fraktion die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner verbessern.

Wir wollen, dass zu Beginn jeder Sitzung, Einwohnerinnen und Einwohner eine Stunde lang Fragen an die Oberbürgermeisterin oder eine Fraktion stellen können. In Bochum dürfen Fragen nur schriftlich an die Stadt gerichtet werden, was für viele EinwohnerInnen wohl eher abschreckend erscheint. Zudem ist der zeitliche Rahmen mit einer halben Stunde sehr knapp bemessen.

Dass die bisherigen Regelungen sich nicht bewährt haben, zeigt die Tatsache, dass die Bochumerinnen und Bochumer die Möglichkeit der Fragestunde in den letzten fünf Jahren kein

einziges Mal genutzt haben. DIE LINKE will, dass es auch die Möglichkeit der mündlichen Fragestunde gibt, denn damit wird Politik unmittelbar erlebbar und transparenter. Wir glauben, dass dadurch ein Beitrag gegen die zunehmende Politikverdrossenheit geleistet werden kann. Zudem sollen die EinwohnerInnen zu jeder Ratssitzung öffentlich über die Möglichkeit der Fragestunde informiert werden.

In anderen Kommunen gibt es die mündliche Fragestunde, welche zu lebhaften Auseinandersetzungen zu Beginn jeder Ratssitzung zwischen Verwaltung und BürgerInnen führt. Für DIE LINKE heißt die Fra-

gestunde auch mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie. Sie soll Politik auch ein Stück weit lebendiger machen.

Da auch zusätzlich die Fraktionen befragt werden können, soll es nicht nur darum gehen, Verwaltungshandeln zu erläutern, sondern auch gegebenenfalls gegenüber den Wählerinnen und Wählern politisch Rechenschaft abzulegen. Die Linksfraktion sieht dies als Ansporn, ihre Arbeit noch nachvollziehbarer zu gestalten.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch die anderen Fraktionen bereit wären, den Einwohnerinnen und Einwohnern direkt Rede und Antwort zu stehen.



Doch ob sich der Rat für den Vorschlag der LINKEN entscheidet, wird voraussichtlich erst auf einer der nächsten Ratssitzungen entschieden. *Aygül Nokta*

Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 17 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1-3 persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung:

23.11.: Ernst Lange, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

30.11.: Ralf Feldmann, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

07.12.: Bianca Schmolze, Mitglied des Rates und Mitglied des Ausschusses für Bürgeranregungen

14.12.: Ernst Lange, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

21.12.: Aygül Nokta, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Migration und Integration

Viele Entscheidungen des Rates werden in den Fachausschüssen vorbereitet. Das Votum des Ausschusses hat dabei großes Gewicht.

In bestimmten Bereichen haben die Ausschüsse auch eigene Entscheidungsbefugnisse, die im Zuständigkeitskatalog der Stadt Bochum festgelegt sind. Für uns neu: DIE LINKE hat – im Gegensatz zu den vergangenen fünf Jahren – in allen Ausschüssen nicht nur Rede- und Antragsrecht, sondern auch Stimmrecht. Früher gab es so absurde Situationen, dass unsere Anträge, weil die anderen Parteien geschlossen dagegen stimmten, ohne Zustimmung abgelehnt wurden.

Für DIE LINKE im Rat sind neben den Ratsmitgliedern auch zwei Sachkundige BürgerInnen gewählt worden. Sie haben die gleichen Rechte wie die übrigen Ausschussmitglieder. Bei der Linksfraktion nehmen die Sachkundigen BürgerInnen an den Fraktionssitzungen teil und treffen die Entscheidungen gemeinsam mit den Ratsmitgliedern und den BezirksvertreterInnen.



Wenn Sie Fragen oder Anregungen zu bestimmten Themenbereichen haben, können Sie hier

sehen, wer gegebenenfalls ihre Ansprechpartnerin / ihr Ansprechpartner bei der Linksfraktion ist:

Haupt- und Finanzausschuss: Uwe Vorberg

Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe:

Pamela Strutz (Sachkundige Bürgerin)

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur- und Stadtentwicklung (WIS):

Uwe Vorberg

Ausschuss für Migration und Integration: Aygül Nokta

Ausschuss für Kultur und Sport: Anna-Lena Orłowski

Ausschuss für Bildung und Wissenschaften: Ralf Feldmann

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ernst Lange

Ausschuss für Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Verkehr:

Sebastian Michaelis (Sachkundiger Bürger)

Ausschuss für Bürgeranregungen: Bianca Schmolze

Rechnungsprüfungsausschuss: Uwe Vorberg

Wahlprüfungsausschuss: Ralf Feldmann

Jugendhilfeausschuss: Anna-Lena Orłowski

Erfolgreich schon beim Start

Recht erfolgreich ist unsere Fraktion in die neue Legislaturperiode gestartet. Wir hatten in unserem Kommunalwahlprogramm einen Ausschuss gefordert, an den sich BürgerInnen mit ihren Anregungen und Beschwerden wenden können.

Machten die BochumerInnen in der Vergangenheit doch häufiger die Erfahrung, dass sie mit ihren Anliegen in der Verwaltung nicht wirklich ernst genommen wurden oder dass Verwaltungshandeln für sie nicht nachvollziehbar war. Auf der ersten Sitzung der neu gewählten Ratsmitglieder und BezirksvertreterInnen haben wir daher beschlossen, auf der konstituierenden Sitzung des neuen Rates die Einrichtung eines Ausschusses zu beantragen, der wie oben beschrieben ein Stück mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung in Bochum ermöglichen würde.

In ersten Gesprächen über den Zuschnitt der neuen Ausschüsse wurde ein Bürgerausschuss von der Koalition noch abgelehnt.



Umso überraschter waren wir dann, als wir die Unterlagen zur Ratssitzung erhielten. Hier fand sich doch ein Ausschuss für Bürgeranregungen. Dass dieser Sinneswandel bei SPD und Grünen stattgefunden hat, können wir nur begrüßen. Nun kommt es darauf an, die Arbeit dieses Ausschusses auch wirklich bürgerfreundlich zu gestalten.

Wir sind uns sicher, dass es ohne unsere Forderung im Wahlprogramm und ohne unsere Ankündigung, einen solchen Ausschuss auch sofort einrichten zu wollen, sich die Koalition dieses Themas nicht angenommen hätte. Dies ist ein schöner Erfolg für uns. Vor allem aber ist es ein Erfolg für die Menschen in Bochum. Er zeigt: LINKS wirkt. *Bianca Schmolze*

Nazis die rote Karte zeigen

So lautete das Motto einer Kundgebung des Bochumer Bündnisses gegen Rechts.

Wenige Stunden bevor der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer vom Bochumer Stadtrat als Ratsmitglied verpflichtet wurde, wollten Bochumer Bürgerinnen und Bürger deutlich machen, dass Rassismus, Faschismus und Antisemitismus nirgendwo in Bochum einen Platz haben.

Neben dem Vertreter des Bochumer Bündnisses gegen Rechts, dem Richter und Mitglied der Linksfraktion Ralf Feldmann, und dem Vertreter der Grünen im Rat sprach auch der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Uwe Vorberg. Er betonte, dass Cremer vor allem auf Grund der niedrigen Wahlbeteiligung in den Rat eingezogen ist. Nur rund 1.400 Stimmen erhielt die NPD bei der Wahl zum Bochumer Stadtrat.

Immer mehr Menschen seien sozial ausgegrenzt, fühlten sich ohnmächtig, seien Demokratie verdrossen, gingen nicht wählen oder würden gerade aus diesen



Gründen anfällig für rechtsextreme Parolen, führte Uwe Vorberg weiter aus. Er hält es für wichtig, durch konkrete Projekte, wie Schule gegen Rassismus und Intoleranz, den Nazis die ideologische Grundlage in den Köpfen zu entziehen. Breite Bündnisse müssen aufstehen, wenn Faschisten durch unsere Straßen marschieren wollen.

Im Bochumer Rat sind sich alle demokratischen Parteien und politischen Gruppierungen einig, der NPD keine Bühne zu geben. Keinem Antrag der NPD wird zugestimmt und auch sonst wird es keinerlei Absprachen mit ihr geben. Und sollte Cremer seine menschenverachtende Propaganda verbreiten wollen, wird mit dem Sitzungsrecht und Anzeigen darauf reagiert, so Vorberg am Ende seiner Rede.

Gleichberechtigung voranbringen

Mit dem ersten Antrag, den die Linksfraktion im neuen Rat stellte, sollte ein Punkt des Kommunalwahlprogramms umgesetzt werden:

Der Frauenbeirat der Stadt Bochum, der bisher nur beratende Funktion hat, sollte zum Frauenausschuss mit eigenen Entscheidungsbefugnissen aufgewertet werden. Ähnlich wurde während der letzten Legislaturperiode mit dem Ausländerbeirat verfahren, dieser wurde in den Ausschuss für Migration und Integration umgewandelt.

Die mangelnde politische Gleichstellung in Bochum manifestiert sich schon mit einem Blick in den neuen Stadtrat: So



ist die Zahl der Frauen zur neuen Legislaturperiode von 32% auf magere 28% gefallen. In einigen Fraktionen findet sich nicht eine einzige Frau. Grund genug, den

Belangen von Frauen in der Stadt ein größeres Gewicht einzuräumen und die Maßnahmen der Stadt auf Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen. Gerade in

Krisenzeiten besteht die Gefahr, dass berechnete Fraueninteressen hinten an gestellt werden und sie stärker als Männer zu den VerliererInnen der Krise gehören. Zudem hätte dieser Ausschuss für die Stadt keine finanzielle Mehrbelastung bedeutet, da der organisatorische Aufwand für Ausschuss und Beirat nahezu identisch sind.

Umso bedauerlicher, dass die anderen Fraktionen im Rat unserem Antrag nicht zustimmten. Damit wurde die Möglichkeit, ein sichtbares Zeichen für mehr Gleichberechtigung in Bochum zu setzen, vertan.

Anna-Lena Orłowski

LINKE lehnt Koloss Campus Quartier Lennershof ab

Armer Sankt Martin



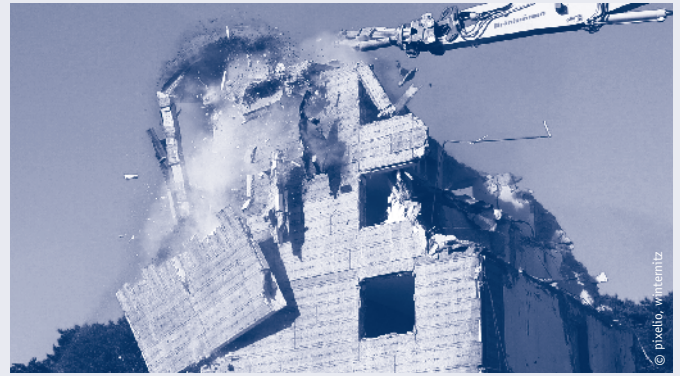
© pixelio, frank ubricht

Seit Jahr und Tag hat die Bezirksvertretung Bochum Mitte Schulen, Kirchengemeinden, Sportvereine und Jugendfreizeitzentren bei der Ausrichtung der Martinsumzüge und anderer Aktivitäten im Stadtteil finanziell unterstützt. Dieses Jahr geht das nicht. Die Verwaltung teilte den Antragstellern schriftlich mit, dass Zuschüsse nicht zulässig sind. Der Regierungspräsident Diegel hat Bochum unter Haushaltssicherung gestellt, finanziert werden nur noch Pflichtleistungen. Sankt Martin ist aber freiwillig. Die soziale Kälte nimmt auch in Bochum zu. Bundes- und Landesregierung ziehen sich immer weiter aus der sozialen Verantwortung zurück. Die Städte haben nahezu allen finanziellen und sozialen Spielraum verloren. In Bochum haben bei NOKIA viele Eltern ihre Arbeit verloren, OPEL droht weiterhin mit Stellenabbau, BP hat diesen schon beschlossen. Und viele Kinder stehen am Martinstag im Zug, aber der Sack ist leer. Bochum darf keine Stutenkerle mehr „verschenken“. **Karin Plagge**

Verdichtete Hochbebauung mit dem fünfstöckigen Koloss Campus-Quartier im Zentrum – die Menschen in der Lennershofsiedlung empfinden den Bebauungsplan 894 als unzumutbare Bedrohung.

Mit ihm soll nach einem Architektenwettbewerb ein Großprojekt der VBW ermöglicht werden, die stark renovierungsbedürftige Nachkriegsmiethäuser abzureißen und auf besondere Wohnungsnachfrage im Unibereich zu reagieren. DIE LINKE teilt die Befürchtungen der Bürgerinitiative gegen das Vorhaben. Bisher noch allein hat sie sich in der Bezirksvertretung gegen die Aufstellung des Bebauungsplans ausgesprochen. Der Widerstand aus der Siedlung beginnt zu wirken: Inzwischen gehen auch VertreterInnen von SPD und Grünen auf Distanz zum Campus-Quartier und selbst die VBW soll selbstkritisch darüber nachdenken, ob das Projekt überhaupt zu vermarkten ist.

DIE LINKE meint: Die geplante Stadtteilentwicklung darf die



© pixelio, vintcentiz

Siedlungsstruktur nicht zerstören. Die gewachsene Nachbarschaft, die kinderfreundlichen großen Grünflächen und der alte Baumbestand, die den besonderen Charme des Viertels ausmachen, müssen im Mittelpunkt einer behutsamen und harmonischen Bauleitplanung stehen. Wenn die schlichten Nachkriegshäuser sinnvoll nicht zu sanieren sind, dann müssen Stadtplanung und VBW gemeinsam mit den betroffenen Menschen am runden Tisch den Erhalt eines menschenfreundlichen Wohnviertels planen. Dabei muss für junge Familien mit Kindern Wohnen in

grüner, kinderfreundlicher Umgebung möglich und bezahlbar bleiben. Die Siedlung darf nicht zubetoniert werden.

Daniel Schüßler, unser frisch gewählter Bezirksvertreter in Bochum-Süd, erwartet, dass die Bezirksvertretung einen gemeinsamen Planungsprozess vor Ort mit den Betroffenen initiiert und begleitet: Wenn das Campus-Quartier bereits gestorben ist, dann muss die VBW sagen, was sie stattdessen plant. Die Menschen in der Lennershofsiedlung müssen Klarheit für ihre Zukunft haben!

Ralf Feldmann

Gegen das Vergessen



Zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE und ihrer Fraktion im Bochumer Rat nahmen an der Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am 9. November teil. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstörte die Bochumer SA die alte Synagoge. Und wie im gesamten übrigen Reich wurden jüdische Wohnungen und Geschäfte zerstört, Mitmenschen

jüdischen Glaubens misshandelt und gedemütigt. Für uns ist die Teilnahme an dieser Veranstaltung kein Gedenkritual, sondern vor dem Hintergrund ansteigender Gewalttaten gegen jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen und immer noch vorhandener antisemitischer Vorurteile in weiten Teilen der Bevölkerung eine politische Notwendigkeit.

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)
Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1 – 3
44777 Bochum
Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296
Fax: 0234 – 910-1297
linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de
Fotos: pixelio (S.1,3,4), Linksfraktion
Archiv (S.2,4), Ulrich Lange (S.3),
Stadt Bochum, Presse- und Informati-
onsamt (S.2)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

.....